

Mieten- und wohnungspolitische Einschätzung des Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und Linke für Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Berliner Mitglieder der Partei DIE LINKE,

aus mieten- und wohnungspolitischer Sicht möchten wir am Koalitionsvertrag positiv hervorheben, dass der soziale Wohnungsbau, die kommunalen und gemeinnützigen Träger, als wesentliches Instrument und wichtiger Weg erkannt wurden, um „der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und sozialer Ausgrenzung“ (Koalitionsvertrag, S. 27) entgegenzutreten. Es ist das erklärte Ziel der Koalition, die „zunehmende Verdrängung“ zu verhindern und den „sozialen Zusammenhalt in Berlin“ zu stärken (ebd.). Diese Absicht begrüßen wir sehr.

In diesem Zusammenhang sind die geplanten Begrenzungen der Mieterhöhungen von maximal 2% in 4 Jahren für die kommunalen Wohnungen äußerst wichtig. Sie helfen den Bestandsmieter_innen, also denjenigen, die schon eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau haben. Die Unterstützung von Transferleistungsbeziehenden in den sonst eher von Mittelschichten geprägten Wohnungsgenossenschaften ist ebenso ein wichtiges Vorhaben. Dies trifft auch zu auf die geplante dezentrale Unterbringung von Geflüchteten oder den im Vertrag deutlich erkennbaren Versuch, Einfluss auf die Bundespolitik auszuüben, etwa durch eine mieter_innenfreundlichere Gestaltung der Mietpreisbremse. Gegenüber der Mieten- und Wohnungspolitik der letzten Jahre unter rot-schwarz stellen dies aus unserer Sicht eindeutige Verbesserungen dar, die wir sehr wichtig finden und deren Umsetzung wir unterstützen werden, wie auch immer die Abstimmung über den Koalitionsvertrag ausgeht.

Ob die geplanten Schritte ausreichen, um den im Koalitionsvertrag formulierten Ansprüchen gerecht zu werden, der Verdrängung entgegenzutreten und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen – darüber zweifeln wir jedoch ebenso. Denn die Zahlen zum wesentlichen Steuerinstrument ›sozialer Wohnungsbau‹ gehen am Bedarf der Stadt Berlin mit ihren über eine halbe Million BezieherInnen von sozialen Transferleistungen sehr deutlich vorbei. Ja, die Zahlen sind, der *Berliner Mietergemeinschaft* und ihrer Bezirksgruppe Wedding zufolge, nicht geeignet, eine Entwicklung auch nur abzubremsen, die sich zunehmend verschärft hat: die Teilung der Stadt in Reiche, die sich Wohnungen überall und mit Spreeblick leisten können, Mieten und Bodenpreise in die Höhe treiben – und Arme, die aus ihren Wohnungen verdrängt werden und deren steigende Miete etwa dazu führt, kein Geld mehr für sich oder ihre Kinder, kein Geld mehr für die Teilnahme am sozialen und politischen Leben der Stadt, kein Geld mehr für ein Zeitungsabo oder einen Theaterbesuch oder den wichtigen Urlaub zu haben. Diese

Spaltung wird mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Schritten nicht wesentlich aufgehalten. Doch gerade angesichts des auch in Berlin rapide zunehmenden Einflusses rechter Ideologien und Bewegungen ist ein politischer Kurswechsel, ein sozialer Aufbruch zwingend erforderlich. Einen solchen stellt der Vertrag nicht dar.

Ein konkretes Beispiel: Dem Vertrag zufolge sollen 55.000 neue landeseigene Wohnungen, davon 30.000 Neubauwohnungen, in den kommenden 5 Jahren den Bestand kommunaler Wohnungen vergrößern. Das ist sehr gut. Aber dem stehen ca. 25.000 Sozialwohnungen gegenüber, die im selben Zeitraum der kommenden 5 Jahre aus der sozialpolitischen Bindung herausfallen werden. Das erwähnt der Vertrag nicht. Gleichzeitig ist Berlin allein im ersten Halbjahr 2016 um 40.000 Menschen gewachsen. Unter diesen Neuberliner_innen sind, wie Studien gezeigt haben, sehr viele, die Arbeit suchen und Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Einkommen eingehen müssen. Sie sind auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen. Das bedeutet: *selbst wenn der Vertrag 1:1 umgesetzt wird, muss sich der reale Bestand an Sozialwohnungen im Verhältnis zum weiter steigenden Bedarf mit Notwendigkeit verkleinern.* Die Probleme der Verdrängung, der Gentrifizierung, der sozialen wohnungs- und mietenpolitischen Ausgrenzung der großen Anzahl der gering verdienenden Lohnarbeitenden in Berlin, der Abhängigen von Hartz IV und Wohngeldbeziehenden, die für die Partei DIE LINKE im Wahlkampf ein Kernthema waren, ihre Probleme werden nicht gelöst, sie werden sich verschärfen.

Die sozialen Verbesserungen gegenüber rot-schwarz im vorliegenden Koalitionsvertrag erkennen wir an und die Mieten- und Wohnungspolitik der Partei DIE LINKE mit ihrem Wahlprogramm spiegelt sich im Koalitionsvertrag in einigen wichtigen, wenn auch zu wenigen, Ansätzen wider. Wir sind der Auffassung, dass es nicht ausreicht und ausgereicht hat, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen und sich dabei allein auf das Wahlprogramm zu beziehen, ohne klare Mindestforderungen vorab und *öffentlich* gegenüber denjenigen zu formulieren, deren Interessen DIE LINKE vertritt, gegenüber denjenigen, die sie gewählt haben. Wenn wir dem Koalitionsvertrag nicht zustimmen können, so jedoch deshalb, weil die im Vertrag selbst formulierten Ansprüche mit den darin angegebenen Mitteln und Instrumenten – gemessen am realen Bedarf – nicht ausreichen, um der, wie es im Vertrag heißt, „Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung“ wirksam und spürbar entgegenzuwirken.

DIE LINKE.

www.roter.wedding
🐦 **@roter_wedding**